

(Abg. Fellisch.)

(A) um rund 20 000 M. sich herausgestellt hätte, und um dieses Manko zu decken, wurde der Versuch gemacht, mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu helfen, so daß die eigentlich bewilligten Mittel nicht hätten erhöht zu werden brauchen. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises genehmigte die Sache. Die Dinge waren soweit in Ordnung. Nur hatten wir damals — es war im August dieses Jahres — einen sehr auffällig niedrigen Stand der Erwerbslosen. Ich habe jetzt eben aus unseren Statistiken im Bezirk feststellen lassen, daß wir seinerzeit im August im Radeburger Arbeitsnachweisbezirk — das ist ungefähr der vierte Teil des ganzen Bezirksverbandes, in der Fläche gerechnet — nur 17 männliche Erwerbslose hatten. Männliche Erwerbslose kommen selbstverständlich für diese Arbeit nur in Frage. Wir hatten in Großenhain, das für diese Arbeit auch noch in Frage kam, damals nur 143 männliche Erwerbslose. Das wären also zusammen 160 gewesen. Das war also nicht die Zeit, daß man mit einer Notstandsarbeit von diesem Umfange mit Erwerbslosennitteln beginnt, sondern wir sagten uns, es werden einst im Bezirk Zeiten kommen, wo wir solche Arbeiten für größere Scharen von Erwerbslosen unbedingt gebrauchen werden. Von dieser Auffassung ist wahrscheinlich das Finanzministerium ausgegangen, als es im August der Amtshauptmannschaft mitteilte: die Sache wird zwar weiter genehmigt, wir werden aber die Mittel erst im nächsten Jahre geben, und wir bitten den Bezirksverband, seine 9000 M. auf den neuen Etat zu übertragen. Das hat der Bezirksausschuß auch getan, das Geld ist zurückgestellt.

Aber den Tariflohn war nie ein Zweifel bei uns, daß wir den gewerkschaftlichen Tariflohn für die Art der Arbeiten, nämlich für Tiefbauarbeiten, bezahlen werden.

(B) Aber wir hätten nie erwartet, daß die Tiefbauarbeiter plötzlich von uns fordern werden, den Hochbauarbeiterlohn zu zahlen. Wir haben stets den Grundsatz im Arbeitsnachweis vertreten: wir wollen treu den gewerkschaftlichen Tariflohn, der zu jeglicher Zeit besteht, bezahlen, mehr nicht. Auf dieser Kalkulation ist selbstverständlich der Kostenpunkt, der die Durchführung der Projekte überhaupt ermöglichte, aufgebaut worden. Das wird geschehen.

Die Frage entsteht: War es klug, die Sache zurückzustellen? Ich bedaure, daß die Kommunisten bei ihren eigenen Anträgen so wenig Interesse haben, um selbst dabei beteiligt zu sein. Es ist augenblicklich keiner im Saale. (Zuruf rechts: Das zeigt das Wesen der Anträge!) Aber warum haben die Kommunisten nicht folgenden Weg gewählt: als sie, als die idealsten Arbeitervertreter, die sie doch sein wollen, merkten, daß die Arbeitslosigkeit größer wird, hätten sie denselben Weg gehen können, den jeder geschulte Gewerkschaftsführer geht, nämlich zum Gewerkschaftskartell, um dort die veränderte Sachlage mitzuteilen und dem Kartell den Wunsch auszusprechen, mit der zuständigen Amtshauptmannschaft zu verhandeln, und ich wette tausend gegen eins: Wenn man als Amtshauptmann zu dem Finanzminister gekommen wäre und ihm gesagt hätte: die Verhältnisse haben sich so geändert, daß es an der Zeit ist, wenigstens einen Teil der Gelder schon jetzt mit den Arbeitslosen zu verbauen, solange die Jahreszeit noch günstig ist, es wäre zu einem Kompromisse mit der Regierung gekommen. (Sehr richtig!) Das hat man nicht getan. Deshalb hatte der Herr Regierungsvertreter ganz recht, als er vorhin erklärte: seitdem hat die Regierung nichts mehr von der Sache gehört, und wir aus dem Bezirk hatten gar keine Veranlassung, bis zum nächsten Frühjahr etwas zu unter-

nehmen. Ob man jetzt den geeigneten Moment hat, (C) bei eintretendem Frost und Schnee eine Wasserregulierungsarbeit in die Wege zu leiten, das muß ich schon als Laie in bezug auf die Zweckmäßigkeit bezweifeln; das hinge aber von wasserbautechnischen Gutachten ab, die heute im Landtage nicht diskutiert werden.

Ich glaube, daß die Kommunisten erstens einen falschen Weg gegangen sind, zweitens aber auch den Eindruck erweckt haben, als hätte sich die Regierung irgendwie hemmend der Fürsorge der Erwerbslosen durch günstige Arbeitsbeschaffung in den Arm geworfen. Ich muß konstatieren, daß das nicht der Fall gewesen ist. Ich hoffe — ich kann nur die Vermutung aussprechen — daß, wenn die mildere Jahreszeit kommt und die Arbeitslosigkeit sich so katastrophal vermehren sollte, wie es in den letzten 14 Tagen im Großenhainer Bezirke gewesen ist, wir dann zu einer teilweisen Verständigung über die teilweise Durchführung der Arbeiten als Notstandsarbeiten unter Gewährung des tarifmäßigen Lohnes kommen werden. Den Weg müssen wir gehen.

Ich habe geglaubt, in kurzen Zügen Ihnen darlegen zu sollen, wie wir als Sozialdemokraten die Sache betrachten. Wir brauchen nicht immer zu künstlich geschaffenen Gegensätzen zu kommen. Wir sehen nur die Gegensätze, die wir aus der Verschiedenheit der Einstellung unter den verschiedenen Parteien gewahren. Wir sind als Sozialdemokraten zu vernünftige Wirtschaftspolitiker, um nicht einen Unterschied zu machen zwischen dem, was uns trennt, und dem, was uns eint und wobei wir, um etwas aus dem Schlamassel herauszukommen, wenigstens einige Schritte der Wegelänge zusammengehen können. (Bravo!)

Abgeordneter Grellmann: Meine Damen und Herren! (1) Ich bedaure außerordentlich, daß die Regierung in ihrer Antwort auf meine Anfrage um die Kernpunkte dessen, worum ich um Auskunft gebeten habe, vorbeigegangen ist. Ich habe ausdrücklich festgestellt, daß die Regierung Preise in Anrechnung gebracht hat, die damals auch nur im Durchschnitt nicht annähernd üblich gewesen und zur Zeit der letzten Vergabung überhaupt auch als Spitzenpreise nicht mehr zu erreichen gewesen sind. Die Regierung hat in ihrer Erklärung sehr bezeichnenderweise gesagt — ich bitte darauf zu achten: Wir haben den Firmen die Aufträge zu den Preisen gegeben, wie sie sie bei der ersten Ausschreibung angelegt haben, die also wesentlich früher, in der Zeit der Hochkonjunktur, lagen. Darum habe ich aber die Regierung nicht gefragt, sondern ich habe die Regierung gefragt: Gab es nicht damals schon eine Reihe von Firmen, die wesentlich niedriger kalkuliert hatten? und warum mußte man die Firmen die die höchsten Preise angelegt hatten, nun auch noch belohnen, indem man ihnen ganz ohne weiteres auch die weiteren Aufträge zuschob? Ich möchte den Herrn Finanzminister fragen, ob er eine Wirtschaftspolitik von diesem Standpunkte billigt und für richtig hält. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn solche Ansichten etwa im Finanzministerium einreißen würden.

Außerdem habe ich dem Finanzministerium vorgeworfen, und das ist ein harter Vorwurf, daß das Finanzministerium wiederholt entweder mir oder dem Vertreter der Wirtschaft Unwahrheiten gesagt hat. Und warum hat der Herr Vertreter der Regierung diese Unwahrheiten, die uns mitgeteilt worden sind, nicht aufgeklärt? Dem einen wird gesagt, es haben sich zu wenig gemeldet, nämlich mir, und der Wirtschaft wird gesagt, und das kann unter Eid bewiesen werden, es haben sich so viele